

## Die „Ökologisch-Demokratische Partei“ (ÖDP) (Stand: 8.1.2008)

Von

**Peter Bierl**



Die „Ökologisch-Demokratische Partei“ (ÖDP) feierte 2007 ihr 25-jähriges Bestehen. Die Partei, die in Bayern ihren Schwerpunkt hat, präsentiert sich als wertkonservative Kraft der gesellschaftlichen Mitte. Von den ökofaschistischen Positionen ihres Gründers und Übervaters Herbert Gruhl (1921-1993) hat sich die ÖDP in den vergangenen Jahren weitgehend verabschiedet, ohne dass die grünbraune Vergangenheit kritisch aufgearbeitet worden wäre.

Die ÖDP hat rund 6.300 Mitglieder und 300 kommunale Mandate. Sie ist in jedem Bundesland vertreten. Zu den Landtagswahlen 2008 wollen die Landesverbände in Hamburg, Hessen, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz antreten. Bisher erreichte die ÖDP bei Wahlen auf Bundesebene lediglich Nullen vor dem Komma. In Bayern erzielte die Partei bei Landtagswahlen auch schon mehr als zwei Prozent. Im Freistaat verfügt die ÖDP über etwa 3.600 Mitglieder und 226 Mandate in den Komunalparlamenten. In Baden-Württemberg ist sie mit rund 1.100 Mitgliedern und 27 Mandate vertreten. Der drittstärkste Landesverband ist Nordrhein-Westfalen mit 534 Mitgliedern und fünfzehn Mandaten. Es existiert ein Jugendverband, die „Jungen Ökologen“ (JÖ). Der Verband „Ökologisch-Demokratische Studenten“ (ÖDS) löste sich 2005 wieder auf. Die ÖDP ist federführendes Mitglied im Verband „World Ecological Parties“, der 2003 gegründet wurde und dem zwölf Parteien aus Europa, Afrika und Kanada angehören.

Rechte Ökologen um Gruhl und Baldur Springmann (1912-2003) gründeten 1982 die ÖDP, nachdem die Grünen in ihren Augen einen Linkskurs eingeschlagen hatten, als sie sich für die 35-Stunden-Woche, für die Rechte von Minderheiten wie Homosexuellen und gegen die NATO und den Paragraphen 218 aussprachen. Der erste ÖDP-Vorsitzende Gruhl war Bundestagsabgeordneter der CDU und Vorsitzender des „Bundes für Umwelt und Naturschutz in Deutschland“ (BUND) von 1975 bis 1977

gewesen. Sein Buch „Ein Planet wird geplündert“ (1976) wurde zum Bestseller.

Er definierte darin die Erde als „Raumschiff“ mit begrenzten Ressourcen, das durch Überbevölkerung im Süden und einen materialistischen Lebensstil im Norden gefährdet sei. Gruhl vertrat einen Sozialdarwinismus, wonach die Natur angeblich nur die kräftigsten Lebewesen überleben ließe. „Das Individuum ist unwichtig, die Art wird erhalten und entwickelt.“ Seßhafte Bauern seien Umweltbewahrer, Nomaden dagegen „Umweltverderber“, weil sie keinen Landbesitz kennen. So rechtfertigte Gruhl pseudoökologisch das Privateigentum als Maß aller Dinge und Grundlage wahren Umweltschutzes. Er wettete gegen Einwanderung, weil Migranten die soziale Ordnung ihrer Aufnahmeländer von innen heraus zerstören würden.



Eine zentrale Vorstellung des Ökofaschismus ist eine angebliche Überbevölkerung. Hungerkatastrophen in der Dritten Welt würden für natürlichen Ausgleich sorgen, „Ein Planet wird geplündert“. stellungen hielt der ÖDP-Lebensende fest. In dem den Abgrund“, der 1992 in lutionären Blatt *Wir selbst* mierte Gruhl den Menschen siten. Allenfalls könne der prophezeite Apokalypseüberleben, vorausgesetzt die Europäer könnten sich einer „Einwanderungsflut erwehren“. In seinem letzten Werk „Himmelfahrt ins Nichts“ zitiert Gruhl zustimmend den Biologen Rene Dubos: „Für einige überfüllte Populationen mag dann Gewalt oder sogar die Atombombe eines Tages keine Drohung mehr sein sondern Befreiung“. Wegen der „völlig anderen Grundeinstellung zum Leben“, schlußfolgerte Gruhl, würde dies den Menschen in der Dritten Welt auch gar nichts ausmachen: „...der eigene Tod wird wie der der Kinder als Schicksal hingenommen“.



### **Die Abspaltung der Ökofaschisten 1989/90**

Mit solchen Ideen prägte Gruhl die ÖDP. Im ersten Grundsatzzprogramm (1984) forderte die Partei Opferbereitschaft, Verzicht und Solidarität innerhalb des deutschen Volkes. Eine Überbevölkerung der Erde wurde als Gefahr für Frieden und Natur hingestellt. Die ÖDP verlangte Selbstbestimmung „für alle Teile des deutschen Volkes“. Im Februar 1989 beschloß der Parteitag eine Abgrenzung zu NPD und Republikanern, nachdem die ÖDP in der Öffentlichkeit immer wieder als rechts kritisiert worden war. Daraufhin trat Gruhl vom Parteivorsitz zurück und ein Teil der Ökofaschisten aus der Partei aus, einige wechselten zu den Republikanern. Der neue ÖDP-Parteivorsitzende Hans-Joachim Ritter bot Gruhl den Ehrenvorsitz der Partei oder wenigstens eine Mitarbeit in deren „Ökologischen Rat“ an. Gruhl lehnte ab und verließ die Partei Ende 1990.

Zusammen mit Konrad Buchwald, Springmann und anderen rechten Ökologen gründete Gruhl die „Unabhängigen Ökologen Deutschlands“.

In der ÖDP fand bis heute keine kritische Auseinandersetzung mit Gruhl statt. Im Gegenteil: Mancher bedauerte dessen Abgang. Erfolgreich



beantragte Ritter, dass der Mann das Bundesverdienstkreuz bekam. Die damalige niedersächsische Umweltministerin Monika Griefahn hängte es Gruhl im Oktober 1991 um, Ritter hielt die Laudatio. Von den Autoren einer „Kurzen Geschichte der ÖDP“ (1992) wurde der Gründervater beifällig zitiert. Noch 2002 plädierte Ritter in einem Interview mit dem ÖDP-Zentralorgan *ÖkologiePolitik* unwidersprochen für

eine „geistige Versöhnung mit den Ursprüngen“ der Partei. Man solle anerkennen, dass Gruhl mit seinen Büchern das geistige Fundament gelegt habe.

Zum 25-jährigen Bestehen der Partei 2007 findet sich auf der Homepage des Bundesverbandes die Gründungsrede Gruhls von 1982 unkommentiert wieder, die Internet-Chronik der ÖDP beginnt 1975 mit dem Erscheinen von Gruhls ökofaschistischen Bestseller. Jasper von Oertzen bemängelte zum gleichen Anlaß in seinem „Grußwort“ als „Ehrenvorsitzender“ zum Jubiläum das Logo der Partei. Der Schauspieler Oertzen, Jahrgang 1912, spielte in zwei Durchhaltefilmen *Der große König* (1942) und *Kolberg* (1945) des Nazi-Regisseurs Veit Harlan mit.

Die Ansichten Gruhls waren auch für die Redaktion von *Utopie kreativ*, der Zeitschrift der Rosa-Luxemburg-Stiftung der Linkspartei, kein Hindernis, um im Mai 2007 ein posthum erschienenenes Buch wohlwollend rezensieren zu lassen. Der Autor Marko Ferst, ein Schüler Rudolf Bahros, lobte Gruhls Lebenswerk. Einen kritischen Leserbrief druckte *Utopie kreativ* nicht. Bahro, einst Mitglied der Grünen, später Bhagwan-Verehrer, hatte gute spirituelle Seiten des Nationalsozialismus ausgemacht und schwärmte vom „Grünen Adolf“.<sup>1</sup> Im Frühjahr 1993 lud Bahro, inzwischen Professor, Gruhl zu einem Auftritt an der Humboldt-Universität in Berlin ein, der nach antifaschistischen Protesten abgesagt wurde.

Dessen Ideen prägten die ÖDP noch in den 90er-Jahren. In dem Flugblatt „Warum Ökologisch-Demokratische Partei? Warum nicht die Grünen?“ heißt es, „jeder weitere Ausländerzuzug (erhöhe) die Arbeitslosigkeit, die Staatsverschuldung, die Schulprobleme und die sozialen Spannungen“. Im Bundestagswahlprogramm von 1990 forderte die Partei einen Anwerbestop für ausländische Arbeitskräfte und behauptete, eine „Bevölkerungsexplosion bedroht das Leben auf der Erde“. Sie verlangte die

---

<sup>1</sup> s. dazu das „Ein neues 1933 als ‚Logik der Rettung‘“ in: Heinz Gess „Vom Faschismus zum Neuen Denken. C. G. Jungs Theorie im Wandel der Zeit“ (Zu Klampen, Lüneburg 1994) S. 273 ff) und Ders., „der ‚Neue Mensch‘ als Ideologie der Entmenschlichung. Über Bhagwans und Bahros Archetypus, in: Kern, Traynor (Hg.), Die esoterische Verführung, Aschaffenburg, Berlin 1995, S. 279 ff)

„Einheit Deutschlands“ und bekannte sich „zu den Freiheits- und Selbstbestimmungsrechten für alle Teile des deutschen Volkes“. Das damit nicht bloß die Bürger der DDR gemeint waren, kann man aus einem Flugblatt der niedersächsischen ÖDP schließen, die sich darin gegen die Oder-Neiße-Linie als deutsche Grenze zu Polen wandte.

Erst aufgrund wachsender Kritik an Gruhl und der ÖDP ging der Bundesvorstand auf Distanz. Zu keiner Zeit habe die ÖDP einen Rechtskurs verfolgt, es habe bloß eine kleine national-konservative Gruppe gegeben, heißt es in einer Erklärung vom Juni 1993. Die Programmatik der Partei sei keineswegs ein „Abklatsch der Gruhlschen Bücher“. Dieser habe zwar historische Verdienste um die Umweltbewegung, Mitte der 80er-Jahre aber „vollzog sich bei Gruhl ein erstaunlicher Wandel: Immer öfter gerieten national bzw. völkisch orientierte Komponenten in seine Gedankengänge und Reden.“ Selbst wenn dieser Wandel tatsächlich stattgefunden haben sollte – die Ansichten, die Gruhl seit der Publikation seines Bestsellers 1976 vertreten hatte, hinterfragte der ÖDP-Vorstand nicht, im Gegenteil. In der Erklärung wird die Ansicht, eine „explosionsartige“ Vermehrung der Menschheit gefährde die Erde verteidigt. Die ÖDP plädiere für eine Beschleunigung des Asylverfahrens und einen verkürzten gerichtlichen Instanzenzug bei offenbar unbegründeten Anträgen, heißt es weiter.

Wurde Gruhl von der ÖDP auf diese Weise teilentzogen, so avancierte Franz Alt zum neuen Vorzeigepromi. Der Journalist hatte in dem Buch „Jesus - der erste neue Mann“ die jüdische Religion als rachsüchtig, patriarchal und naturfeindlich diffamiert, weshalb der Heidelberger Pädagogikprofessor Michael Brumlik vom „ersten antisemitischen Bestseller seit 1945“ sprach.<sup>2</sup> In den Programmen zum Superwahljahr 1994 verlangte die ÖDP mehr Polizei und das Abhören der Bürger in ihren Privatwohnungen. Im Bundeswahlprogramm forderte die ÖDP, das Grundgesetz zu ändern, um deutsche Militäreinsätze im Rahmen einer EU-Armee oder der UNO zu ermöglichen. Das Kernstück der Programme zu den Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen war eine ökologische Steuerreform, mit der die ÖDP eine ökologisch-soziale Marktwirtschaft verwirklichen will. Stufenweise sollten Energie, Rohstoffe und Schadstoffemissionen besteuert werden, damit das Kapital aus Eigennutz umweltfreundlich produzieren möge. Dem deutschen Kapital versprach die ÖDP einen Wettbewerbsvorsprung mit Öko-Produkten auf dem Weltmarkt. Zum Ausgleich für die Ökosteuern sollte der Unternehmer-Anteil zur Sozialversicherung abgebaut werden. „Ohne Opfer von allen wird dieser Übergang allerdings nicht möglich sein“, war im Bundesprogramm zu lesen. Sozialhilfeempfänger wollte die ÖDP zu „gemeinnützigen“ Arbeiten heranziehen um „ihre Arbeitsbereitschaft“ zu fördern, eine Forderung, die SPD und Grüne mit den Hartz-Gesetzen verwirklichten.

Die ÖDP bekannte sich zum Grundrecht auf Asyl und kritisierte, dass CDU/CSU, FDP und SPD das Asylrecht ein Jahr zuvor praktisch eliminiert hatten. Allerdings vertritt die ÖDP einen verengten Begriff der Verfolgung: „Keine Gründe für Asyl sind Unzufriedenheit mit einem poli-

---

<sup>2</sup> s. dazu auch: Heinz Gess, Antisemitismus bei Alt und Jung, in: a. a. O., 22 ff

tischen System sowie eine wirtschaftliche Notlage“, ist im Bundeswahlprogramm 1994 zu lesen. Aus bevölkerungspolitischen Gründen sollte die Masse der Flüchtlinge und Migranten ausgesperrt bleiben: „Ein unbegrenzter Zuzug von Menschen aus anderen Ländern nach Mitteleuropa würde, zusätzlich zur schon bestehenden Belastung, letztlich niemandem nützen, weil die gemeinsamen natürlichen Lebensgrundlagen schon jetzt durch unsere Überfluggesellschaft bedroht werden.“ Die bayerische ÖDP verlangte Asylbewerber zur Zwangsarbeit zu verpflichten und plädierte für eine EU-weite koordinierte Abschottungspolitik: Gemeinsame Kriterien für unbegründete Asylanträge sowie eine "europaweite Datenbank über Asylanträge" um als "Asylreisende" diffamierten Menschen kein Schlupfloch zu lassen. Flüchtlinge, die schwere Delikte begehen, sollten laut bayerischem Wahlprogramm doppelt bestraft werden: Erst Knast in der Bundesrepublik, dann Abschiebung.

### **Die Entwicklung seit Mitte der 90er-Jahre**

Trotz der „Materialschlacht“, die die ÖDP im Superwahljahr nach Angaben ihres damaligen Vorsitzenden Bernd Richter trieb, blieben die Ergebnisse bescheiden. Insbesondere in Bayern hoffte die ÖDP die Fünf-Prozent-Hürde zu überspringen, weil sie gegen die CSU ein Volksbegehren für die Abschaffung des bayerischen Senats initiiert und im Bündnis mit SPD und Grünen und Umweltverbänden durchgesetzt hatte. Dieser Erfolg und einige weitere Volksbegehren bescherten der ÖDP einen gewissen Bekanntheitsgrad und Respektabilität in der Öffentlichkeit. Aber die ÖDP erreichte bei der Landtagswahl 1994 nur 2,1 Prozent und sackte vier Jahre später auf 1,8 Prozent ab, was zu einem innerparteilichen Zwist führte. Eine Gruppe verlangte ein Wahlbündnis mit den Grünen, das diese mehrfach angeboten hatten. Die Mehrheit um den Landesvorsitzenden Bernhard Suttner lehnte dies ab. Suttner bezeichnete die Grünen als marxistisch und Linkspartei.

Unter der ÖDP-Bundesvorsitzenden Susanne Bachmaier, die von 1995 bis 1997 amtierte, kreierte eine Agentur ein neues Design für die Partei. ÖDP wird seitdem klein geschrieben und das Logo suggeriert den Namen als aufgehende Sonne, passend zu der Parole „Eine Politik, die aufgeht“.

Die ÖDP-Forderungen nach Militarisierung der EU, Ausbau von Europol-Polizei, einer EU-Abschottungspolitik, deutschen Militäreinsätzen im Ausland und Zwangsarbeit für Sozialhilfeempfänger haben die Bundesregierungen aus CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen teilweise umgesetzt. Darum versuchte die ÖDP sich neu zu profilieren, gegen Rot-Grün als konsequente Umweltpartei gegen Atomkraft, Gentechnik und Mobilfunk. Sie lehnte Studiengebühren ab und plädierte für einen Studienfonds, in den erfolgreiche Absolventen einzahlen sollten.

Die Partei griff den populistischen Diskurs zur Staatsverschuldung, schlanker Staat, Korruption und Kriminalität auf. Die bisherige Finanzpolitik führe in die „Schuldensklaverei“, behauptet die baden-württem-

bergische ÖDP 2006. Die Bundes-ÖDP fordert kleinere Parlamente und Regierungen, um zu sparen, aber die ÖDP in Bayern eine eigene „fränkische Staatskanzlei“ zusätzlich zu dem Sitz des bayerischen Ministerpräsidenten in München, um regionalistische Stimmungen in Nordbayern aufzugreifen. Die Agitation der ÖDP gegen korrupte Politiker, Lobbyismus und Filz erinnert an entsprechende Kampagnen von FPÖ und Schweizer Volkspartei. Als Gegenmittel plädiert die ÖDP für mehr Volksentscheide.

Zur so genannten inneren Sicherheit bietet die ÖDP einen Mix aus wenigen fortschrittlichen und vielen Law & Order-Positionen. So wird im Bundeswahlprogramm 2002 Null-Toleranz für rechtsextreme und ausländergefeindliche Straftaten verlangt und im Europaprogramm 2004 vor einem Überwachungsstaat gewarnt. Die baden-württembergische ÖDP fordert „Videoüberwachung an bestimmten Brennpunkten“, ist aber dagegen Videokameras flächendeckend zu installieren. Körperverletzung und Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung sollen deutlich härter bestraft werden als Eigentumsdelikte. Die Strafmündigkeit von Jugendlichen will die ÖDP auf zwölf Jahre senken. Über jugendliche Wiederholungstäter heißt es: „Eine therapeutische Verschickung in Urlaubsgebiete lehnen wir ab.“ Im Bundesprogramm wird eine schnelle Verurteilung und Bestrafung von Bagatelldelikten sowie ein „besserer Schutz religiöser Empfindungen vor Blasphemie in Bild und Wort“ gefordert, also eine Verschärfung des §166 des Strafgesetzbuches, wie die CSU derzeit auch verlangt.



Positionen der globalisierungskritischen Bewegung wie die Tobinsteuer oder Schuldenstreichung für arme Länder hat die ÖDP übernommen. „Der ungehinderte Zugriff internationaler Großkonzerne auf Rohstoffe und Märkte der Entwicklungsländer zerstört deren Wirtschaft“, lautet eine Passage des Europaprogramms 2004. Das bayerische Landtagswahlprogramm propagiert eine starke demokratische EU, die „international operierenden Megakonzerne ordnend“ gegenübertritt und „sich nicht der herzlosen Raff- und Geldphilosophie ausliefert“. So ähnlich reden auch Attac-Leute, was nicht für die ÖDP, aber gegen die gängige Globalisierungskritik spricht. Formulierungen wie internationale Großkonzerne oder herzloses Raffens ähneln rechten Vorstellungen von einem wurzellosen raffenden Großkapital, dabei gibt es nur Firmen und Konzerne mit nationalem Sitz, die international operieren und dabei Menschen ausbeuten und

Natur zerstören.

Das neue Grundsatzprogramm von 1997 geht von einem „Teufelskreis aus Armut, Hunger und Bevölkerungswachstum“ und einer „Begrenztheit der Mittel auf dem Planeten Erde“ aus. Im Bundesprogramm von 2002 wird eine Verschwendungswirtschaft auf einem begrenzten Planeten beklagt. Das erinnert an Gruhls Raumschiff-Theorie. Deutlich wird der nachwirkende Einfluss der Gründers, wenn die ÖDP eine „Bevölkerungsex-

plosion“ unterstellt, die das Leben auf der Erde bedrohe. Einschränkend heißt es, der Lebensstil der Reichen sei schlimmer als der Kinderreichtum der Armen. Der bayerische Landesvorsitzende Suttner rühmte in einer Rede 2006, „das große Problem des Bevölkerungszuwachses in vielen Teilen der Erde haben wir frühzeitig als Folge mangelnder sozialer Stabilität erkannt und debattiert.“ Die ÖDP übergeht, dass die Geburtenrate auch in Ländern der Dritten Welt sinkt, insbesondere für Indien und China bereits eine Überalterung prognostiziert wird, und das ältere Prognosen zum Bevölkerungswachstum längst nach unten korrigiert wurden. Von einer Bevölkerungsexplosion zu reden ist also nicht bloß eine menschenverachtende Metapher, sondern sachlich falsch.

In den Debatten um die Reform des Staatsangehörigkeitsrechts und die Green Card hatte die ÖDP in den späten 90er-Jahren einerseits doppelte Staatsbürgerschaften abgelehnt, andererseits die Unterschriftensammlungen der CDU/CSU verurteilt, weil diese Ausländerhaß schüren würden. Deutschland könne aufgrund seines begrenzten Areals und seiner demographischen Situation kein Einwanderungsland sein, schrieb die damalige stellvertretende Bundesvorsitzende Ruth Bärweiler 1999. Im Bundesprogramm 2002 verurteilte die ÖDP Rassismus, verlangte eine Amnestie für illegale Einwanderer und eine „gesteuerte Einwanderung“ nach Quoten, die „im breiten gesellschaftlichen Konsens jeweils neu bestimmt werden“. Beachtet werden sollte, dass der „Zuzug nur für Arbeitsplätze genehmigt wird, die über den vorhandenen Arbeitsmarkt nicht zu besetzen sind.“ Wie die anderen Parteien auch will die ÖDP nur so viele Menschen einwandern lassen wie das deutsche Kapital verwerten kann.

Unter der Rubrik „Schöpfung bewahren“ forderte die ÖDP, statt Tabak, Zucker, Wein und Drogen mehr Ölfrüchte für Ethanol anzubauen, obwohl die Ökobilanz dieses Treibstoffes umstritten ist. Aus der Atomkraft wollte die ÖDP in vier Jahren aussteigen, in dem „schrittweise“ alle Subventionen gestrichen werden sollten, so dass der Betrieb unrentabel würde. Auch dahinter steckt die ökoliberale Vorstellung, durch Steuern könne das Kapital zu einem umweltfreundlichen Kurs gebracht werden. Der bayerische Landesvorsitzende Suttner setzte einen etwas anderen Akzent, wenn er betont, qualitative Orientierung und soziale Verantwortung müssten „von außen, von Staats wegen der Wirtschaft abverlangt werden“, weshalb er für einen „positiven Staatskonservatismus“ plädiert. Bedenklich an die völkische Dichotomie Moloch Großstadt versus ländliche Idylle erinnert folgende Passage des Bundesprogramms 2002: „Großstadtgebiete fressen sich wie Krebsgeschwüre in bisher intakte ländliche Gebiete mit gesunden Siedlungsstrukturen und verbrauchen durch die Versiegelung und Überbauung fruchtbare Böden und zerstören die Landschaft.“ Dabei können Gewerbegebiete und Reihenhaussiedlungen im Umkreis von Kleinstädten und Dörfern genauso scheußlich und landschaftsverbrauchend sein.

Erfreulich ist, dass die ÖDP zwar Tierschutz propagiert, aber aufgrund ihrer christlichen Einstellung nicht die Tierrechtler-Ideologie übernimmt, die Menschen und Tiere auf eine Stufe stellt, auch wenn einer der Propagandisten, Helmut F. Kaplan, in der Zeitschrift *ÖkologiePolitik*

schreiben durfte und für eines seiner Bücher geworben wurde. Tierrechtler und Biozentristen diffamieren wie Gruhl Menschen als Parasiten, der Tierrechts-Vordenker Peter Singer verlangt, behinderte Säuglinge als unrentabel zu töten oder sie anstelle von Affen für medizinische Versuchen zu verwenden. Dagegen hat sich die ÖDP klar gegen Euthanasie und die europäische Bioethik-Konvention ausgesprochen, die Menschen zu Ersatzteillagern degradiert.

## **Ehe, Familie und Abtreibung**

Deutlich wird der konservativ-reaktionäre Charakter der ÖDP im Bereich Familienpolitik. Ein Axiom der Partei ist der Kampf gegen Abtreibung, wobei diese Position in aktuellen ÖDP-Programmen weniger militant formuliert wird und der Akzent sich hin zur Hilfe für Frauen und Familien verschoben hat. Die ÖDP idealisiert Ehe und Familie, im Programm des Landesverbandes Saar als „Grundzelle des Gemeinschaftslebens“ bezeichnet. „Ehe und Familie als kleinste soziale Gemeinschaft... sind in besonderem Maße zu schützen“, heißt es im Europawahlprogramm von 1999. Im Bundesprogramm wird anerkannt, dass sich der Zusammenhang von Ehe, Familie und Sexualität zwar „gelockert“ habe. Darum müsse sich staatliche Förderung aus pragmatischen Gründen auf die Familie mit Kindern konzentrieren. „Wenn aber Familie wieder attraktiver wird, dann wird auch die Ehe als deren Grundlage wieder erstrebenswerter werden.“

Im Bundeswahlprogramm 2004 fungieren die „Kinderlosen“ als Feindbild, die Erziehungsleistung der Eltern werde missachtet. Der Ertrag der Kindererziehung komme als Altersversorgung auch den Kinderlosen zugute, die dafür quasi nichts geleistet hätten. Eltern mit zwei Kindern sollen eine Rente von 100 Prozent bekommen, dagegen Kinderlose die Hälfte privat finanzieren, um die Kosten nicht ohne die Gegenleistung der Erziehungsarbeit der „Kindergeneration“ aufzubürden.

Die ÖDP übersieht den Grad der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und Produktivität, so dass auch mit weniger menschlicher Arbeitskraft genügend Güter und Dienstleistungen produziert werden können, um alte Menschen zu versorgen, auch wenn die Zahl der Kinder und Erwerbstätigen sinkt. Allerdings ist die falsche bevölkerungspolitische Sichtweise der ÖDP in Deutschland Konsens in Medien und Parteien, inklusive des impliziten Rassismus: Selbst wenn es einen Zusammenhang von sinkender Geburtenrate und gefährdeten Renten gäbe, müssten weiße, ethnische Deutsche nicht unbedingt mehr Kinder zeugen. Die EU könnte alternativ jene Flüchtlinge aufnehmen, von denen aufgrund einer rigiden Abschottungspolitik jedes Jahr Tausende im Mittelmeer oder vor den Kanaren ertrinken.

Statt dessen prognostizierte der Bundesarbeitskreis Familie der ÖDP in seinem *ÖDP-Familien-Info*, Mai 2007, ein schwächeres Wirtschaftswachstum und sinkenden Wohlstand, weil die deutsche Bevölkerung schrumpfe und die beruflichen Qualifikationen und Einkommen der ausländischen Bevölkerung, gemeint sind Einwanderer und ihre hier lebenden Nachkommen, geringer seien. Der Arbeitskreis lehnt Einwanderung ab, mit



der scheinbar fortschrittlichen Begründung dies wäre „demographischer Kolonialismus“ der die Herkunftsländer schädige, die Erziehung und Ausbildung finanziert hätten.

Die zentrale Forderung der ÖDP-Familienpolitik ist ein Erziehungsgehalt für Eltern. Davon sollen diese auch Kindergärten, Krippen und Horte bezahlen, was darauf hinausläuft, dass solche Einrichtungen komplett von den Eltern finanziert werden müssten. Das Ideal der ÖDP sind Ehe und Familie, in der Kinder aufgezogen und Alte versorgt und gepflegt werden, wie es im Programm der Saar-ÖDP heißt, möglichst ohne außerhäusliche Institutionen in Anspruch zu nehmen. Die exklusive Förderung der außerhäuslichen Kinderbetreuung „diskriminiert jedoch bisher die häusliche Erziehungsleistung der Eltern und führt tendenziell dazu, daß Familienleben quantitativ und qualitativ verkümmert“, ist im Europaprogramm 1999 zu lesen. Fünf Jahre später heißt es im Europaprogramm der ÖDP: „Einseitige Förderung von Betreuungseinrichtungen lehnen wir ab.“ Die bayerische ÖDP formulierte 2003, die außerfamiliäre Kinderbetreuung „diskriminiert die elterliche Erziehungsarbeit, wenn nicht gleichzeitig auch die familiäre Betreuung angemessen honoriert wird.“ Denn Eltern würden beispielsweise auf jene 600 Euro im Monat verzichten, die ein Krippenplatz den Staat kostet. Immerhin fehlt im bayerischen Programm die Agitation gegen Kinderlose, statt dessen heißt es: „Die Entscheidung über einen Lebensentwurf mit oder ohne Kinder muss von Frau und Mann in freier Verantwortung getroffen und darf nicht durch finanzielle Gegebenheiten beeinflusst werden.“

Die ÖDP bezeichnet sich als Partei der politischen Mitte, die sich auf Christentum und Humanismus bezieht und von links und rechts abgrenzt, wobei in neueren Programmen Faschismus und völkischer Nationalismus ausdrücklich genannt werden. Die ÖDP Sachsen-Anhalt rief auf ihrer Homepage zur Demo gegen den Thüringen-Tag der NPD am 19. Mai 2007 auf. In München hat die ÖDP 1997 den Protest gegen die Kampagne von CSU und Nazis gegen die Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht mitgetragen.

Bedenklich bleiben jedoch der Bezug auf einen „Gemeinsinn“ als „zentrale Grundhaltung“ im Grundsatzprogramm, der dem pluralistischen Verständnis einer Demokratie mit widerstreitenden Interessen im Prinzip widerspricht. Diese Haltung war in früher deutlicher, als gegen „Selbstverwirklichungs-Egoismus“ und einen rücksichtslosen Kampf der Klassen und Verbände polemisiert wurde, dem die ÖDP eine Solidarität innerhalb des Volkes entgegensetzte, wie es im alten Grundsatzprogramm und dem Bundesprogramm von 1994 hieß. Ein Knaller ist die Aussage, Deutschland sei „heute von befreundeten Nationen umgeben“ aus dem Bundesprogramm von 2002, als habe das Land 1914 und 1939 nicht zwei Angriffskriege vom Zaun gebrochen sondern sei von Feinden umgeben gewesen, wie es die Propaganda des Kaiserreichs und Nazideutschlands suggerierte.

## Zur Praxis der ÖDP

In Bayern ist die Partei in vielen Kommunalparlamenten vertreten und widmet sich vorrangig Umweltthemen. In München und Augsburg war sie an so genannten Regenbogen-Koalitionen mit SPD und Grünen beteiligt. Die einzige ÖDP-Stadträtin in München kämpft gegen Mobilfunksender und Kohlekraftwerke, gegen eine dritte Startbahn des Erdinger Flughafens und für rauchfreie Bierzelte. Die Münchner ÖDP initiierte auch eine Erklärung gegen den damaligen italienischen Ministerpräsidenten und Medienmogul Silvio Berlusconi als Gefahr für Pressefreiheit und Demokratie, die mit dem Musiker Konstantin Wecker und dem Kabarettisten Dieter Hildebrandt von zwei prominenten Künstlern unterschrieben wurde.

Die Münchner ÖDP unterstützte das Bürgerbegehren „München aus der Schuldenfalle“, das 2001 mangels Beteiligung der Wähler scheiterte. Initiator war der Anthroposoph Thomas Mayer, beteiligt der rechte „Bund freier Bürger“ (BFB). Die Vorschläge wären darauf hinausgelaufen, die Stadt in ein Profitcenter zu verwandeln. Eine Broschüre dazu, die Mayer 1997 veröffentlichte, enthielt allerlei rassistische Vorschläge, wie die „konsequente Rückführung und Abschiebung von Bürgerkriegsflüchtlingen und Asylbewerbern“. Im Juli 2007 beschloß der Münchner Stadtrat, eine dem früheren evangelischen Landesbischof Hans Meiser gewidmete Straße umzubenennen, weil dieser Antisemit war. Die ÖDP-Rätin Mechthild von Walter stimmte zusammen mit CSU, FDP und Freien Wählern dagegen.

## Verbindungen

Die ÖDP kooperiert mit dem französischen „Mouvement Ecologiste Independant“ (MEI), dessen Vorsitzender Antoine Waechter ist. Die rechte Abspaltung der französischen Grünen beklagte in ihrem Programm „Pour une France qui serve l’avenir“ für die Wahlen 2007 ähnlich der ÖDP eine „Bevölkerungsexplosion“ und wollte Frankreich zur Speerspitze zur Rettung des Planeten machen. Eine stabile Bevölkerungszahl sei das wichtigste Ziel, es dürften keine Arbeitskräfte importiert oder die Geburtenrate gesteigert werden. Als größtes Hindernis für eine Lösung ökologischer Probleme werden die USA bezeichnet.

Der ÖDP nahe steht die „Stiftung für Ökologie und Demokratie“. Vorsitzender ist deren früherer Bundesvorsitzender Hans-Joachim Ritter.



Die Stiftung sieht „im Bevölkerungswachstum und im steigenden Ressourcenverbrauch durch ungebremsten Materialismus und Machtstreben die großen globalen Herausforderungen“. Im Kuratorium sitzen Franz Alt und Professor Hans Hermann von Arnim, der als Parteienkritiker gilt und 2002 die Klage der ÖDP gegen die Drei-Länder-Klausel im neuen Parteiengesetz beim Bundesverfassungsgericht einreichte. Außerdem vertreten sind Hermann Benjes, Verfechter der sozialdarwinistischen und strukturell

antisemitischen Zinslehre des Silvio Gesell, die CDU-Politiker Norbert Blüm, Heiner Geißler und Günter Nooke, Antoine Waechter, Professor Hans Christoph Binswanger, der Erfinder der ökologischen Steuerreform, sowie von der ÖDP neben Ritter der ehemalige Bundesvorsitzende Hans Mangold und der amtierende Bundesvorsitzende Klaus Buchner, Professor für Mathematik und Physik an der TU München.

Binswanger und Ritter sind auch im Vorstand der „Herbert-Gruhl-Gesellschaft“, dem Ökofaschisten von den „Unabhängigen Ökologen Deutschland“ wie die ehemaligen ÖDP-Funktionäre Wolfram Bednarski und Heinz Siegfried Strelow, die 1989/90 die Partei verließen, angehören. Binswanger ist Ehrenvorsitzender, Ritter fungiert als Beisitzer, der Vorsitzende Volkmar Kempf ist als Autor der *Jungen Freiheit* in Erscheinung getreten. Die „Herbert-Gruhl-Gesellschaft“ gibt das Jahrbuch *Naturkonservativ* heraus, in dem Texte von Gruhl veröffentlicht und dessen Wirken gepriesen



werden. Als Autoren schreiben neben Franz Alt, Binswanger, Ritter, Strelow und Bednarski die konservativen Christa Mewes, die eigenen Angaben zufolge am Manifest der „Grünen Aktion Zukunft“ (GAZ), einer von Gruhl geleiteten Gründungsorganisation der Grünen und Vorläufer der ÖDP, mitgearbeitet hat. Auch der Brite Edward Goldsmith, der ökofaschistische Positionen vertritt und dem „International Forum on Globalization“, einem Thinktank der Globalisierungskritiker, angehört, hat in *Naturkonservativ* publiziert. Der ehemalige Grüne Reinhard Falter, der sich als Naturphilosoph bezeichnet und für anthroposophische Blätter schreibt, unterstellt im Jahrbuch 2002, eine „religiös bedingte Naturfeindschaft“ gehöre zur kulturellen „Tradition des Judentums“. Der „Kampf des Wüstengottes gegen die Göttlichkeit der Naturmächte“ wirke bis heute fort.

### **Bilanz:**

Trotz solcher Verbindungen bleibt festzustellen, dass sich die ÖDP gewandelt hat, weg vom Ökofaschismus Gruhlscher Prägung, was ihr seitens der „Unabhängigen Ökologen“ vorgeworfen wird. Dieser Wandel resultiert teilweise aus Annäherung, aus der Rechtsentwicklung der anderen Parteien. Die früheren Positionen der ÖDP zu Asyl, Migration und Demographie, Arbeitseinsatz für Arme, deutsche Militäreinsätzen im Ausland und Aufrüstung der Polizei sind heute Mainstream. Originär ist die entschiedene christlich-reaktionäre Haltung zu Ehe, Familie und Abtreibung. Reminiszenzen an Gruhl Ökofaschismus finden sich in bevölkerungspolitischen Passagen, insbesondere über eine angebliche Überbevölkerung. Insgesamt ist die ÖDP heute als rechte, christlich-konservative Partei zu charakterisieren.

*(Eine Kurzfassung dieses Beitrages erschien in der Zeitschrift Der Rechte Rand, November/Dezember 2007 )*

